

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Fritz Krauß  
Druck & Verlag: Peter Krauß  
H. A. Auer Verlag, H. A. Auer  
Kasseler Straße 10, A. S. S.  
Kasseler Zeitungsgewerkschaft  
Kasseler Zeitungsgewerkschaft  
Kasseler Zeitungsgewerkschaft

Verlagspreis: Durch unsere Seiten frei im Haus monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.80 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 5.00 Mark, monatlich 1.50 Mark. Einmalig 10.00 Mark. Bei den Buchhändlern mit Ausnahme von Fern- und Fernverkäufen. Unsere Zeitungsbesteller und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Abbestellungspreis: Die Abbestellungspreis beträgt über dem Namen für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pf., aus dem Bezirk Annaberg-Buchholz 25 Pf., aus dem Bezirk Chemnitz 30 Pf., aus dem Bezirk Freiberg 35 Pf., aus dem Bezirk Glauchau 40 Pf., aus dem Bezirk Mittelsachsen 45 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 50 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 55 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 60 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 65 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 70 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 75 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 80 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 85 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 90 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 95 Pf., aus dem Bezirk Oberer Erzgebirgskreis 1.00 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 5.00 Mark, monatlich 1.50 Mark. Einmalig 10.00 Mark. Bei den Buchhändlern mit Ausnahme von Fern- und Fernverkäufen. Unsere Zeitungsbesteller und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 102.

Dienstag, den 3. Mai 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Wie in Kreisen der Reichsregierung versichert wird, ist das Reichskabinett nach wie vor entschlossen, die Unterzeichnung des Pariser Reparationsdiktares abzulehnen.

Von deutscher Seite soll am Sonnabend eine erweiterte Auslegung der deutschen Vorschläge nach Washington abgegangen sein, die sich mit der Höhe der angebotenen Summe, den Annuitäten und der Art der Diskontierung befaßt.

Die Sitzung des Obersten Rates ist gestern abend 9 Uhr auf heute vormittag 11 Uhr vertagt worden. Briand erklärte, daß eine Einigung nahe erreicht sei.

Das Neuterbüro erklärt, daß gestern abend aus London telephonisch Instruktionen für die französische Mobilmachung nach Paris abgegangen sind.

In einigen Orten Oberschlesiens hat ein polnischer Insurgenteneinfall stattgefunden.

Zwischen der Tschecho-Slowakei und Rumänien ist eine Militärkonvention abgeschlossen worden.

Die Sowjetwahlen sind beendet. Gewählt wurden 1860 Sowjetabgeordnete, darunter 1400 Kommunisten, 383 Antikommunisten, 39 Angehörige verschiedener Parteien.

## Londoner Einigung über den Zahlungsplan.

### Zehn bis zwölf Tage Frist an Deutschland.

In einer Meldung der *Launce Gasas* aus London heißt es: Die Sitzung des Reparationsausschusses, der aus Briand, Lord Curzon, Graf Sforza und Japar gebildet ist, war um 12 Uhr 50 Minuten gestern mittag beendet. Es kam eine Verständigung über einen einzigen Wortlaut zustande, der dem Obersten Rat unterbreitet werden wird und dessen Annahme wohl nicht zweifelhaft ist. Dieser Entwurf wird es Frankreich ermöglichen, unverzüglich die militärischen Maßnahmen einzuleiten, die für die vorgesehene Besetzung notwendig sind, in erster Linie also die Einberufung der Jahresschiffe 1919. Während der nötigen Vorbereitungszeit wird die Reparationskommission an Deutschland eine Zustimmung über die Zahlungsweise und die Sicherheiten für die Zahlungen zur Begleichung seiner Schuld ergeben lassen. Wenn Deutschland bis zum Ablauf dieser Frist seine Zustimmung nicht gegeben hat, so wird die Besetzung des Ruhrgebietes unverzüglich wirksam werden. Was die Zahlungsbedingungen anbetrifft, so wird Deutschland 36 Jahresraten in Höhe von 5 Prozent seiner Schuld leisten müssen. Bis 1926 ist ein Zinsfuß von 2 1/2 Prozent vorgesehen, der in der Folge auf 5 Prozent einschließlich der Tilgung erhöht wird. Die Reparationskommission wird drei Folgen von Bons ausstellen, eine erste Rate von 12 Milliarden Goldmark, die innerhalb eines Jahres zahlbar ist, eine zweite Rate von 38 Milliarden Goldmark, die am 1. November ausbezahlt wird, und eine dritte Rate von 80 Milliarden Goldmark, die je nach der Wirtschaftslage des internationalen Geldmarktes und der Zahlungsfähigkeit Deutschlands ausbezahlt werden wird.

Der Oberste Rat begann um 1 Uhr nachmittag und war um 2 Uhr beendet. Der Entwurf des Reparationsausschusses wurde in seinen großen Zügen gutgeheißen. Die Finanzsachverständigen sollten nochmals um 3 Uhr zusammenkommen, um die Zahlungsbedingungen und Sicherheiten endgültig festzustellen, die dazu bestimmt sind, an die Stelle des territorialen Unterpfandes zu treten. Die Besetzung würde nämlich nicht stattfinden, falls Deutschland die ihm von der Reparationskommission aufgegebenen Bedingungen annehmen sollte. Die Zustimmung wird innerhalb einer Frist von 4 Tagen erfolgen. Die deutsche Regierung wird innerhalb einer Frist von 5 bis 6 Tagen antworten müssen. Auf diese Weise werden die Verbandsregierungen über die endgültigen Absichten Deutschlands bis zum Augenblick der Beendigung der Vorbereitungen zur Besetzung genau unterrichtet sein. Infolgedessen wird das militärische Vorgehen in dem wahrscheinlichsten Falle einer Weigerung Deutschlands keine Verzögerung erleiden. Der Oberste Rat wollte gestern um 5 Uhr nochmals zusammentreten und glaubte, zweifellos dann in der Lage zu sein, einen endgültigen Beschluß zu fassen, trotz der Meinungsverschiedenheiten, welche zutage getreten waren. Diese Lösung soll die Fortdauer der Solidarität zwischen den Verbandsregierungen sichern, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die englische Flotte an der Durchführung der Zwangsmaßnahmen

teilnehmen wird, es müßte denn gerade sein, daß dies infolge des Bergarbeiterstreiks unmöglich wäre.

## Das französische Truppenangebot.

Von der Einberufung in Frankreich, die sich vorläufig auf den Jahrgang 1919 erstreckt, sind Studenten und Bewohner der zerstörten Gebiete ausgenommen. Man glaubt aber trotzdem, eine Armee von 150 000 Mann zu erhalten. Aus verschiedenen Garnisonen trafen Nachrichten ein, daß sich die dortigen Truppen für gestern abmarschbereit halten mußten. Sie sollen zur Verstärkung in die Rheinlande gehen. Die Stärke der Truppen auf das Ruhrgebiet gibt Marschall Foch mit folgenden Zahlen an: 10 Divisionen Infanterie, 2 Kavalleriekorps, 10 Tanksektionen, Artillerie, Panzerwagen und Luftgeschwader. Er begründet dieses Angebot damit, daß eine geringe Truppenanzahl einen schlechten Eindruck (!) auf die Bevölkerung mache und schwere Provokationen hervorrufen müßten. Nach dem Bitt Parisien bestehen die von der französischen Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur See nicht in einer Blockade der deutschen Häfen, sondern in einer Verschlagnahme gewisser Bölle in Bremen und Hamburg.

Der Vormarsch soll am 9. oder 10. Mai beginnen.

Der Antwerpener Courant läßt sich von seinem gut unterrichteten militärischen Mitarbeiter melden, daß der Vormarsch der alliierten Truppen ins Ruhrgebiet in der Nacht vom 9. zum 10. Mai erfolgen wird. In diesem Einmarsch wird sich sowohl Frankreich, England wie Belgien beteiligen in der Stärke von 48 000 Mann.

Die Ententebeteiligung an der deutschen Industrie.

Der Temps meldet aus London: Die in London verammelten alliierten Sachverständigen haben eine Beteiligung der Alliierten an der deutschen Industrie in Höhe von einem Drittel des Kapitalbestandes der deutschen Aktiengesellschaften für wünschenswert erklärt.

## Lloyd Georges Widerstand.

Wie aus London berichtet wird, scheint sich der Widerstand Lloyd Georges gegen militärische Sanktionen, weil sie im Versailler Vertrag überhaupt nicht vorausgesehen sind, eher zu verstärken als abzuschwächen. Die englischen Staatsmänner versuchen, abzuwarten, ob nicht Amerika, das nur den Frieden mit Deutschland geschlossen hat, seinen Einfluß geltend macht und in letzter Stunde noch sein eigenes Interesse in der Erhaltung der deutschen Existenzfähigkeit Frankreich gegenüber betont. Englische politische Kreise betrachten die vollzogene Annahme der Resolution Knog als eine Wendung zugunsten Deutschlands.

Der belgische Justizminister gegen weitere Sanktionen.

Wie dem Intransigent aus Brüssel gemeldet wird, hat der Generalrat der sozialistischen Partei in einer besonderen Sitzung die Frage der Sanktionen erörtert. Der Justizminister Vandervelde erklärte, man müsse der Politik der Alliierten die Politik der Sozialdemokraten, die in Amsterdam festgesetzt wurde, entgegenstellen. Er sei entschlossen, mit seinen sozialistischen Kollegen das Ministerium zu verlassen, wenn Belgien sich den Beschlüssen anschließe, welche die französische Regierung zur Durchführung bringen wolle.

Die verständliche Haltung des Grafen Sforza.

Dem Daily Telegraph zufolge erklärte Graf Sforza bei den Beratungen im Obersten Rat: Europa brauche vor allem Frieden und wenigstens den Geist des Friedens. Daher müsse, bevor neue Zwangsmaßnahmen in Kraft treten, ein letzter Versuch zur Verbesserung gemacht werden, ohne daß Deutschland dabei irgendeine Gelegenheit zu einem dilatorischen Verfahren gegeben werde.

## Amerikanischer Einspruch gegen Deutschlands wirtschaftliche Vernichtung.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Vereinigten Staaten einen energischen Einspruch gegen die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands eingebracht haben. Dieser Einspruch wird durch die alliierten Wirtschaftler an ihre Regierungen weitergeleitet. Amerika mißbilligt besonders das Ruhr-Abenteuer. Der amerikanische Staatssekretär für Aeußeres hat jede Erörterung dieser Frage abgelehnt. Dieser Protest sei von den alliierten Völkern dem Obersten Rat in London zugesandt worden.

## Drohender polnischer Einbruch.

Korfanth wieder am Werk.

Aus Oberschlesien kommen außerordentlich beunruhigende Nachrichten. In einer Anzahl Gruben sind gestern vormittag die Belegschaften in einen Streik getreten, als Protest gegen die von der Entente geplante Abtrennung einzelner Industriegebiete. Gleichzeitig entfaltet Korfanth eine neue gewalttätige Agitation; um Unruhen vorzubringen, droht Korfanth mit der Verhängung des Belagerungszustandes über Oberschlesien. Zugleich treffen Nachrichten ein von militärischen Bewegungen der Polen; in Sosnowice sieht die polnische Garnison seit Mittwoch abend in Alarmbereitschaft und aus verschiedenen Grenzorten werden polnische Trup-

pen zum Anmarsch gegen die deutsche Grenze gemeldet. Viele französische Offiziere im besetzten Gebiet haben plötzlich ihr Gepäck abgepackt. Es gewinnt den Anschein, als stühe Oberschlesien vor einem gewalttätigen polnischen Einmarsch.

## Der Streik in Oberschlesien.

Protest gegen den Anfall an Polen.

Nach Darstellung der Berliner Blätter ist der Streik auf einem Teil der ober-schlesischen Kohlengruben im Anschluß an einen maßlos verheerenden Aufruf Korfanths ausgebrochen. Nach der Meinung der Blätter handelt es sich angeblich um eine letzte Verzweiflungstat Korfanths lediglich zu dem Zwecke der Aufspaltung der polnischen Belegsung, um am 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag, neue Tumulte hervorzurufen. Laut Hoff. Zeitung beschränkt sich der Streik bisher im wesentlichen auf das Kattowitzer Gebiet. Insgesamt sollen 35 Gruben feiern. Nach einer weiteren Meldung des Blattes sind die Gruben teilweise von Truppen besetzt worden. Im Hüttenbetrieb ist der Streik nur teilweise durchgeführt. Die Telefonverbindung im Zentralrevier ist an einzelnen Stellen unterbrochen. Im Gegensatz zu dieser Darstellung glauben einige Blätter, so der Lokalanzeiger und der *Wormwärts*, daß es sich um einen Proteststreik gegen die Abtrennung der Kreise Röhndel und Pleß von Deutschland und ihre Zuteilung an Polen handelt, wie dies nach der Oberschlesischen Grenzzeitung angeblich der Beschluß der interalliierten Kommission vorsteht. Die Bergleute hätten nur für Polen gestimmt in der Annahme, daß ganz Oberschlesien an Polen falle; Die Bewohner der zur Abtrennung bestimmten Kreise hätten erklärt, daß, wenn sie erneut abstimmen dürften, sich eine große Mehrheit für Deutschland ergeben würde.

Vor der Entscheidung.

Die Neue Zürcher Zeitung meldet aus Paris: Briand hat den Bericht der Interalliierten Kommission aus Oppeln über die Abstimmung mit nach London genommen. Die Pariser Presse bereitet auf einen nahen Beschluß des Alliiertenrates über Oberschlesien vor.

Endgültige Abreise Bezonds aus Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission teilt amtlich mit: Der Vorsitzende der interalliierten Kommission, General Bezond, hat Oberschlesien am 30. April verlassen, um sich nach Frankreich zu begeben. Der Vorsitz in der interalliierten Kommission ist auf General du Marini übergegangen. Die Vertretung Frankreichs übernahm Generalkonsul Bonfob.

## Kleine politische Meldungen.

Die Fraktionen zur Regierungskrise. Die Fraktionen des Reichstages hielten am Sonnabend Sitzungen ab, die sich auch mit der Krise in der Reichsregierung befaßten. Alle Fraktionen, einschließlich der Reichsbildungsfraktion, sprachen sich dahin aus, daß vor Beilegung der Verständigungsaktion mit Harding die Regierungskrise nicht a tu werden dürfe.

Keine Einwohnerwehren in Preußen. Die von vielen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Einwohnerwehren in Preußen dem preußischen Staatsministerium Mitteilung davon gemacht haben, daß ihre Rekonstitution im Mai erfolgen werde, ist unzutreffend. Der preußischen Staatsregierung ist ein solches Schreiben nicht zugegangen, schon deshalb nicht, weil die Einwohnerwehren in Preußen bereits seit Jahresfrist aufgelöst sind.

Das Programm des Bayerischen Bauernbundes. Der Vorstand des Bayerischen Bauernbundes hat folgende programmatische Beschlüsse gefaßt: 1. Der Bayerische Bauernbund hält unentwegt an der Reichseinheit fest. 2. Er steht auf dem Boden der demokratischen Republik und lehnt jede Disziplin des politischen Kabinetts ab. 3. Er verkennt nicht die Ausmaß der Einwohnerwehren, hält aber an dem Grundgedanken des organisierten Selbstschutzes fest.

Eine Denkschrift Koss. In der Deutschen Juristenzeitung veröffentlicht Reichsminister des Innern Koss eine eingehende Denkschrift über die Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsverwaltung, in der er eine Verringerung der Ministerien vorschlägt, die Reorganisation der Geschäftsleitung des Kabinetts befristet, auf das Verhältnis zur preußischen Regierung eingeht und eine Beschränkung in den staatlichen Ausgaben verlangt.

Unruhige russische Übergriffe. Berichte von der neutralen Seite bestätigen, daß in Moskau vom Räte der Volksbeauftragten zahlreiche deutsche Staatsbürger verhaftet worden sind, als Repressalien gegen die Festnahme und Verurteilung deutscher Kommunisten durch die deutschen Gerichte. Eine Note der Reichsregierung nach Moskau ist, wie wir erfahren, in Vorbereitung durch das Kabinett.

Eröffnung der Frankfurter Akademie der Arbeit. In Gegenwart des preußischen Kultusministers Becker und einer großen Zahl geladener Gäste wurde gestern mittag in den Räumen der Frankfurter Universität die Akademie der Arbeit mit mehr als 100 Teilnehmern eröffnet. Die Akademie der Arbeit, das erste derartige Institut in Deutschland, steht ihre Aufgabe darin, den empfortretenden Arbeitern die wissenschaftliche Grundlage zu geben, um über Partei und Politik hinweg die Erkenntnis zu fördern.

## Gegen die Abänderungsvorschläge des sächsischen Arbeitsministers

Aber die Stilllegungsverordnung.

Nach Pressemitteilungen hat der sächsische Arbeitsminister beim Reichsarbeitsministerium eine Anzahl von Abänderungsanträgen zu der Verordnung vom 8. No-